

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 3. März 2020

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 25. bis 27. Februar 2020

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 25. bis 27. Februar 2020 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 25. Februar 2020

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 26. Februar 2020)

Nr. 20/57 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Bürgerantrag
vom 13. Februar 2020
(Drucksache [20/125 S](#))

Nr. 20/58 S

Fragestunde

1. Wann kommen die Trinkwasserbrunnen?
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bünd-nis 90/Die Grünen vom 22. Januar 2020
Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.
2. Versorgung mit Kita- und Schulplätzen in der Gartenstadt Werdersee
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 22. Januar 2020
3. Bremer Berufsschulzentrum
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 22. Januar 2020
4. Einhaltung von gesetzlichen Abstandsregelungen bei Spielhallen
Anfrage der Abgeordneten Sascha Aulepp, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 23. Januar 2020
5. Gebühren für Veranstaltungen

Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. Januar 2020

6. Freie Deutsche Jugend (FDJ) in Bremen aktiv?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Januar 2020

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Neue Kinderklinik – Ende des Gedenkens an Professor Hess?

Anfrage der Abgeordneten Henrike Müller, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Januar 2020

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

8. Schließung der Postfiliale in Gröpelingen

Anfrage der Abgeordneten Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 31. Januar 2020

9. Wer finanziert Chinesisch-Sprachangebote an Bremer Schulen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Februar 2020

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Neubedarf Kindergärten

Anfrage der Abgeordneten Uwe Felgenträger, Frank Magnitz und Gruppe M.R.F. vom 7. Februar 2020

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/59 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Verkehrswende geht anders – die Novelle der Straßenverkehrsordnung reicht als Unterstützung von Städten und Kommunen nicht aus".

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/60 S

Fahrradparken sicher und witterungsunabhängig – weiteres Impulsprojekt für ein innovatives Stadtbild!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 20. Februar 2020
(Drucksache [20/129 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/61 S

Geschützte Fahrradwege in Bremen für mehr Komfort und Sicherheit schaffen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 19. November 2019
(Drucksache [20/86 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. unter Beteiligung der Beiräte geeignete Standorte in unterschiedlichen Stadtteilen für geschützte Radstreifen zu ermitteln,
2. die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zu veranlassen, ein Konzept zur Durchführung und Finanzierung eines Probelaufs auf ausgewählten Strecken vorzulegen und dabei die entsprechenden Erfahrungen aus anderen deutschen Städten zu berücksichtigen,
3. der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten und laufend über die Prüfung und Realisierung zu informieren.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/62 S

Bremer Sport- und Wettkampfbereich an der Bremer Universität

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/90 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/63 S

**Universität in Bewegung – ganzheitliches Zukunftskonzept für
universitäre Sportstätten entwickeln**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Januar 2020
(Drucksache [20/116 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/64 S

**Umsatzkiller und Stressfaktor Baustellen – Baustellenleitfaden
und Maßnahmenkatalog für ein effizientes und erfolgreiches
Baustellenmanagement**

Antrag der Fraktion der FDP
vom 21. August 2019
(Drucksache [20/19 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/65 S

Umsatzkiller und Stressfaktor Baustellen – Baustellenleitfaden und Maßnahmenkatalog für ein effizientes und erfolgreiches Baustellenmanagement

Bericht der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung vom 6. Dezember 2019

(Drucksache [20/99 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/66 S

Von der Planung bis zur Betriebserlaubnis – Kitaplatzausbau benötigt entsprechende behördliche Kapazitäten

Antrag der Fraktion der CDU

vom 17. Dezember 2019

(Drucksache [20/104 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/67 S

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung

Mitteilung des Senats vom 11. Februar 2020

(Drucksache [20/122 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/68 S

169. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für die Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans 2434 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen, Ortsteil Oslebshausen und Bremen-Häfen, Ortsteil Industriehäfen, zwischen Oslebshauser Heerstraße, Pulverberg, Hafeneisenbahn und Bundesautobahn (Grambker Schleife)

Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/128 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/69 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 5

vom 21. Februar 2020
(Drucksache [20/130 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/70 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. UN-Kinderrechtskonvention im Land Bremen konsequent umsetzen und die Kinderschutzeinrichtungen in Bremen entsprechend der tatsächlichen Bedarfe ausstatten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2020
(Drucksache [20/113 S](#))

2. Bremer Hans-Koschnick-Flughafen erhalten

Antrag der Gruppe M.R.F.
vom 17. Februar 2020
(Drucksache [20/126 S](#))

3. Fahrradparken als notwendigen Baustein für die Verkehrswende in Bremen gezielt und konzeptionell weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 25. Februar 2020

(Drucksache [20/132 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 26. und 27. Februar 2020

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 28. Januar 2020)

Nr. 20/124

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wohnungsbau in Bremen – Status quo und Perspektiven
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/188](#))
2. Demokratie muss Schule machen: Wie kann Demokratie im Kindertagesstätten- und Schulalltag unmittelbarer erlebt, praktiziert und vermittelt werden?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Dezember 2019
(Drucksache [20/212](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/125

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 25. Februar 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Architektengesetzes und des Bremischen Ingenieurgesetzes
Mitteilung des Senats vom 28. Januar 2020
(Drucksache [20/252](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

2. Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland

Mitteilung des Senats vom 28. Januar 2020
(Drucksache [20/254](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Zustimmungsgesetz zum Dreiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 23. RÄStV)

Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2020
(Drucksache [20/227](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4. Bericht der Bremischen Landesmedienanstalt über die Fortentwicklung der Bürgermedien gemäß § 45 Absatz 3 Bremisches Landesmediengesetz

Mitteilung des Senats vom 11. Februar 2020
(Drucksache [20/264](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der Bremischen Landesmedienanstalt Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Bericht und Antrag über die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo, Norwegen

Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 12. Februar 2020
(Drucksache [20/267](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Empfehlungen des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands der Bre-mischen Bürgerschaft und den weiteren Anlagen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Ein Zeichen für die Westsahara setzen – weiterhin Flagge zeigen für eine friedliche Lösung

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 13. Februar 2020
(Drucksache [20/269](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, in der 20. Legislaturperiode wird das Haus der Bürgerschaft jeweils am 27. Februar mit der Flagge der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) beflaggt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/126

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Mustafa Güngör und Fraktion der SPD, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Im Gedenken an die Opfer und Hinterbliebenen von
Hanau –
gemeinsam rechten Terror bekämpfen und Rassismus
zurückdrängen“.**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/127

Zugang zu assistierter Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch endlich erleichtern!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 20. Februar 2020
(Drucksache [20/281](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatlichen Deputationen für Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und Soziales, Jugend und Integration.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/128

Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2020
(Neufassung der Drucksache [20/182](#) vom 26. November 2019)
(Drucksache [20/274](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen

im Lande Bremen (federführend) und die staatliche Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/129

**Fünfte EU-Antidiskriminierungsrichtlinie endlich beschließen
und Verbandsklagerecht im Allgemeinen
Gleichbehandlungsgesetz verankern**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/197](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Blockadehaltung gegenüber der 5. EU-Antidiskriminierungsrichtlinie aufgegeben und schnellstmöglich Wege gefunden werden, die europäischen Schutzstandards zu vereinheitlichen,
2. eine Bundesratsinitiative anzustoßen, um das Verbandsklagerecht in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz für Antidiskriminierungsverbände aller Diskriminierungstatbestände und aller Lebensbereiche, Gewerkschaften und Vertretungen von Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes bei allen Verstößen gegen das Gesetz einzuführen. Ferner sollen die derzeitigen Verfahrensfristen von nur zwei Monaten deutlich erweitert werden,
3. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung über die unternommenen Bemühungen zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport (federführend), die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, den Senator für Finanzen, den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/130

Bündelung der Verantwortung für alle bremischen Seehäfen beim Land

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 19. August 2019
(Neufassung der Drucksache [20/11](#) vom 18. Juli 2019)
(Drucksache [20/33](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/131

Bündelung der Verantwortung für alle bremischen Seehäfen beim Land

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen
vom 13. Februar 2020
(Drucksache [20/270](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/132

Fünftes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Mitteilung des Senats vom 28. Januar 2020
(Drucksache [20/253](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/133

Medizinische Zwangsmaßnahmen an trans- und intergeschlechtlichen Menschen: Beenden, aufarbeiten und entschädigen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. November 2019

(Drucksache [20/180](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine psychologische und peerbasierte Beratung für Menschen mit Variationen der körperlichen Geschlechtsmerkmale beziehungsweise deren Eltern in Bremischen Krankenhäuser und Kliniken systematisch und einheitlich einzuführen;
2. dafür zu sorgen, dass die S2k-Leitlinie „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ in den Bremer Krankenhäusern so umgesetzt wird, dass operative Maßnahmen bei (noch) nicht einwilligungsfähigen Kindern ausschließlich bei anatomisch begründeten medizinischen Problemen zulässig sind;
3. sich auf Bundesebene für die Entschädigung intersexueller Personen einzusetzen, die Genitaloperationen ohne medizinische Notwendigkeit unterzogen wurden;
4. sich auf Bundesebene für die Entschädigung der Menschen einzusetzen, die durch das Transsexuellengesetz zu einer Scheidung oder zu einer Sterilisation beziehungsweise Operation gezwungen wurden;
5. dafür zu sorgen, dass medizinisches Personal in Bremischen Krankenhäusern und Kliniken eine geschlechtersensible Ausbildung jenseits zweigeschlechtlicher Stereotypen bekommt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (federführend) und den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/134

Reiserecht ändern – Kundinnen und Kunden besser schützen

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 3. Dezember 2019

(Drucksache [20/194](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich mit einer Bundesratsinitiative für eine Änderung des bestehenden Reiserechts mit den folgenden Zielen einzusetzen:

1. Die Haftung der Insolvenzversicherung soll zukünftig nicht mehr auf 110 Millionen Euro gedeckelt, sondern dem tatsächlichen Geschäftsvolumen angepasst werden, um die Risiken der Reisenden künftig in voller Höhe abzudecken.
2. Für direkt gebuchte Flüge von Luftfahrtunternehmen, die in Deutschland einen Flug antreten oder beenden, soll eine Insolvenz-Absicherungspflicht im Sinne des § 651r BGB eingeführt werden.
3. Der Mindestpreis, ab dem Tagesreisen als „Pauschalreisen“ im Sinne des Reiserechts gelten, soll deutlich gesenkt werden, um der gebotenen Schutzfunktion gerade für ältere Reisende angemessen nachzukommen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (federführend), die Senatorin für Wissenschaft und Häfen, die Senatorin für Justiz und Verfassung und den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/135

Für gesunde Ernährung, gegen den Klimawandel: Aktionsplan 2025 auch an den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven zügig erstellen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/196](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, mit dem Studierendenwerk Bremen Verhandlungen zu führen, wie und in welchem Zeitrahmen sich der Aktionsplan auch auf die Mensen an den Hochschulen ausweiten lässt. Ziel ist dabei die Umstellung auf die gleichen Kriterien zur Beschaffung, die auch für Schulmensen in Bremen gelten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) darzulegen, welche Mehrkosten entstehen, wenn bei der Beschaffung tierischer und pflanzlicher Erzeugnisse die gleichen Kriterien, die für Schulmensen in Bremen gelten, angewandt werden, also mindestens nach der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung

von ökologischen/biologischen Erzeugnissen, und in welcher Höhe der Zuschuss des Landes an das Studierendenwerk zur Umsetzung erhöht werden müsste,

- b) aufzuzeigen, wie in den Speiseplänen des Studierendenwerkes Bremen und an den Essenausgabestellen der Mensen transparent und nachvollziehbar die Herkunft und die Erzeugungsbedingungen der tierischen Produkte bei den jeweiligen aktuellen Essensangeboten dargelegt werden kann,
- c) der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz sowie dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit sechs Monate nach Beschlussfassung über den aktuellen Stand der Umsetzung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft und Häfen (federführend), die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/136

Lebensmittelverschwendung bekämpfen, Containern entkriminalisieren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 19. Dezember 2019

(Neufassung der Drucksache [20/198](#) vom 3. Dezember 2019)

(Drucksache [20/221](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Mitantragsstellung Bremens zu der Entschließung des Bundesrats zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung durch Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Abgabe an gemeinnützige Organisationen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, mit dem Lebensmittelhandel und anderen gesellschaftlichen Akteuren, wie den Tafeln im Land Bremen und den Initiativen Foodsharing Bremen und Foodsharing Bremerhaven, in Gespräche einzutreten, ob und wie der Lebensmittelverschwendung entgegengetreten werden kann. Dabei ist auf positive Beispiele aus dem Bremer Einzelhandel Bezug zu nehmen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene darüber hinaus dafür einzusetzen, dass zukünftig

die Aneignung entsorgter Lebensmittel keine Straftat mehr darstellt.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zur Änderung der Rechtslage darauf hinzuwirken, dass die Staatsanwaltschaft in Verfahren wegen des Diebstahls weggeworfener Lebensmittel in der Regel gemäß § 153 StPO wegen Geringfügigkeit von der Verfolgung absieht und ein besonderes öffentliches Interesse an der Verfolgung gemäß § 248a StGB grundsätzlich ablehnt. Dies soll nicht gelten für Fälle des „Containerns“, bei denen auch ein Hausfriedensbruch vorliegt, der über die Überwindung eines physischen Hindernisses ohne Entfaltung eines wesentlichen Aufwands hinausgeht oder gleichzeitig den Tatbestand der Sachbeschädigung erfüllt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (federführend), die Senatorin für Justiz und Verfassung, die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa und den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund.

Nr. 20/137

Fragestunde

1. Bremer Wasserkraftwerk – Treibgut bleibt, Fische sterben?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 23. Januar 2020
2. Unternimmt Bremen genug gegen Wohnungseinbrüche?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 23. Januar 2020
3. Hochwasserschutz am Zoo am Meer in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Dr. Magnus Buhler, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 23. Januar 2020
4. Studiengang Palliative Care
Anfrage der Abgeordneten Janina Brünjes, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 23. Januar 2020
5. Kampf gegen Kindesmissbrauch im Netz – Wie gut ist Bremen auf die Gesetzesänderungen des Bundes (BT-Drucksache: 19/13836) vorbereitet?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 24. Januar 2020
6. Abstandsregelung für Windkraftanlagen

Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. Januar 2020

7. Öffentlichkeitsarbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 29. Januar 2020

8. Finanzierung des Landesmindestlohnes bei Arbeitsförderungsmaßnahmen

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 29. Januar 2020

9. Mietkostenübernahme im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 30. Januar 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Medikamentenengpässe in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 30. Januar 2020

11. Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Januar 2020

12. Berücksichtigung religiöser Belange bei der qualifizierten Leichenschau

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Ilona Osterkamp-Weber, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Januar 2020

13. Pflegekinder in Bremen GmbH/Kinder im Exil

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (AfD) vom 10. Februar 2020

14. Auskünfte aus dem Fahrzeugregister

Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 11. Februar 2020

15. Einigung auf Länderebene – Was bedeutet die Neuregelung des Glücksspielstaatsvertrags für Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 11. Februar 2020

16. Umsetzungsstand des Sonderprogramms „Fachkräftesicherung in der Alten-Pflege“ mit 30 Plätzen für Geflüchtete, Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Februar 2020

17. Welche Landesaufgaben nimmt der neue Senatsrat/die neue Senatsrätin „Schulbau“ wahr?

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 13. Februar 2020

18. Cytotec – Umstrittenes Medikament bei der Geburtshilfe

Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 13. Februar 2020

19. Regelabfragen beim „kleinen Waffenschein“

Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 17. Februar 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/138

Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Jugendhilfe deutlich reduzieren!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 11. Februar 2020

(Drucksache [20/263](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf der Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass die Kostenbeiträge von Jugendlichen und jungen Volljährigen für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen nach SGB VIII sehr deutlich, möglichst auf 25 Prozent gegenüber den derzeit geltenden 75 Prozent, abgesenkt werden;
2. sich auf der Bundesebene für eine entsprechende Überarbeitung der Regelungen in anderen Sozialgesetzbüchern (zum Beispiel SGB II) einzusetzen, um Härten für Rechtskreiswechsler nach dem Ausscheiden aus der Jugendhilfe beziehungsweise bei Beendigung der „Hilfen für junge Volljährige“ zu vermeiden;
3. sich im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter dafür einzusetzen, dass die aktuelle Rechtsprechung in die Empfehlungen einfließt;
4. in Bremen dafür Sorge zu tragen, dass Ermessensspielräume bei der Höhe der Kostenbeiträge im Interesse der Jugendlichen genutzt werden;

5. dem Jugendhilfeausschuss sowie der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration über den Prozess der Reform des SGB VIII sowie die Positionierung des Landes Bremen vor allem in der Frage der Kostenheranziehung junger Menschen bei neuen Erkenntnissen zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport (federführend) und den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/139

Nach der Neufassung der EU-Entsenderichtlinie: Anforderungen an die Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 12. November 2019

(Drucksache [20/149](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. Januar 2020

(Drucksache [20/230](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/140

Rückkehr zur Meisterpflicht

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 19. November 2019

(Drucksache [20/171](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2020

(Drucksache [20/224](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/141

Debattenkultur in der Bremischen Bürgerschaft

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)

vom 10. Februar 2020

(Drucksache [20/262](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/142

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 5

vom 21. Februar 2020

(Drucksache [20/284](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/143

Den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa angemessen würdigen – Gesetz zur staatlichen Anerkennung des Tags der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa als Gedenktag

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 12. Februar 2020

(Drucksache [20/268](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa zum bundesweit einheitlichen Feiertag bestimmt wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/144

Kinder in queeren Familien besser absichern und schützen – lesbische Mütter und queere Eltern nicht länger diskriminieren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 20. Februar 2020

(Drucksache [20/282](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene im Rahmen der Beratungen zu den Gesetzentwürfen "Verbesserung der Hilfen für Familien bei Adoption (Adoptionshilfe-Gesetz)" und des „Gesetzes zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. März 2019 zum Ausschluss der Stiefkindadoption in nichtehelichen Familien“ für die sofortige Reform des Abstammungsrechts einzusetzen, so dass bei Frauenpaaren mit der Geburt ihres Kindes beide Mütter gemeinsam in der Geburtsurkunde stehen können. Folgende Aspekte sind bei der Reform zu beachten:
 - a) Das Samenspender-Register (DIMDI/SaRegG) soll für nicht-institutionelle Samenspenden geöffnet werden.
 - b) Außerdem soll die rechtliche Zuordnung von Eltern zu ihren Kindern im Geburtenregister und den Geburtsurkunden künftig geschlechtsneutral erfolgen und § 1591 im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geändert werden in: „Erster Elternteil eines Kindes ist die Person, die es geboren hat.“ Wer mit der Person, die das Kind geboren hat, verheiratet oder verpartnert ist, gilt als zweiter Elternteil des Kindes.
 - c) Auch die Eintragung der aktuell geführten Vornamen von Eltern in die Geburtsurkunden ihrer Kinder muss obligatorisch werden.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, hilfsweise zusätzlich im Rahmen der Beratungen zum Gesetzentwurf des Bundesfamilienministeriums "Verbesserung der Hilfen für Familien bei Adoption (Adoptionshilfe-Gesetz)" auf die Streichung der verpflichtenden Beratung für Frauenpaare hinzuwirken, um eine Verschlechterung der ohnehin nachteiligen Situation für die Wunschkinder und ihre Mütter zu verhindern, sollte die Reform des Abstammungsrechts nicht rechtzeitig umgesetzt werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Justiz und Verfassung (federführend) und die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/145

Impfen heißt Prävention – Kinder in Bremen und Bremerhaven aktiv vor Masern schützen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/187](#))

Die Ziffern 1 und 2 des Antrags wurden vom Antragssteller zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 3 bis 5 des Antrags ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/146

Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Dezember 2019
(Drucksache [20/211](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatlichen Deputationen für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/147

Assistenz im Krankenhaus für Menschen mit Behinderungen sicherstellen!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 4. Februar 2020

(Drucksache [20/260](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine rechtliche Grundlage für einen Weiterbezug der Assistenzleistungen und damit zur Sicherung der Versorgungskontinuität im Krankenhaus für alle Assistenznehmerinnen und Assistenznehmer geschaffen wird – unabhängig davon, nach welchem Modell die beanspruchten Assistenzleistungen organisiert sind;
2. der Bürgerschaft ist innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport (federführend), die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Berichts innerhalb von sechs Monaten.

Nr. 20/148

Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 25. Februar 2020

(Drucksache [20/288](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/149

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Messerangriffe in Polizeilicher Kriminalstatistik aufnehmen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Februar 2020
(Drucksache [20/266](#))
2. Wahlversprechen und Koalitionsvertrag einhalten – Modellprojekt
für Cannabis schnellstmöglich auf den Weg bringen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Februar 2020
(Drucksache [20/280](#))
3. Antifeminismus vehement entgegenzutreten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen der SPD und DIE
LINKE
vom 21. Februar 2020
(Drucksache [20/283](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.